

Stellungnahme des Aufsichtsrates des Diakonischen Werkes Heidelberg zu Prostitution.

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Heidelberg:

- hilft Menschen in Notsituationen durch Rat und Tat, auch Prostituierten,
- bemüht sich, Haltungen und Strukturen zu verändern, die Missbrauch von Frauen und Männern ermöglichen und fördern,
- sieht sich als Anwalt für Menschen in Notsituationen;
- fördert den politischen Diskurs und positioniert sich als eine sozialpolitische Stimme der evangelischen Kirche in Heidelberg.

Unsere Haltung:

Prostitution entspringt immer einer Notsituation und ist somit nie freiwillig.

Prostitution bedeutet Abhängigkeit.

Prostitution macht körperlich und psychisch krank und ist deshalb eine Form der Körperverletzung

Prostitution verletzt die Menschenwürde.

Daher spricht sich das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Heidelberg gegen Prostitution, Menschenhandel und den damit verbundenen käuflichen Sex aus.

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Heidelberg fordert, dass die bestehende Gesetzgebung überarbeitet wird und das schwedische Modell (Sexkaufverbot, Freierbestrafung und Prostituiertenschutz) in die Gesetzgebung übernommen wird.

Darüber hinaus ist der Ausbau von niedrigschwelligen Beratungsangeboten, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Streetwork, Ausstiegsangebote mit Wohnmöglichkeiten, Aufenthaltsrecht und die Sensibilisierung der Gesellschaft notwendig.

Aus diesem Grund schließen wir uns folgenden Forderungen der Mainzer Erklärung gegen Prostitution (offener Brief an die Bundesregierung und den deutschen Bundestag vom 04.04.19) an:

- Respektieren Sie Ihre internationalen Verpflichtungen, indem Sie die Ausbeutung von Prostituierten und das Betreiben eines Bordells unter Strafe stellen!
- Erkennen Sie an, dass der Kauf des Körpers eines Menschen eine Form von sexueller und sexistischer Gewalt ist und verbieten Sie den Sexkauf!
- Stellen Sie sicher, dass die Frauen und *alle Menschen, die in der Prostitution tätig sind*¹... selbst weder bestraft werden, noch dass sie sich speziellen Kontrollen unterziehen müssen. Sie sollten niemals für ihre eigene Ausbeutung bestraft werden.
- Etablieren Sie eine bundesweite Ausstiegspolitik, mit Programmen, die Schutz, Hilfe und sozio-ökonomische Unterstützung für die Opfer von Prostitution und Menschenhandel anbieten. Diese Programme müssen beinhalten: Zugang zu Sozialwohnungen, Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Opfer, physische und psychologische Gesundheitsversorgung, Bildung und berufliche Eingliederung.

Heidelberg, 23.04.2020

*Der Aufsichtsrat des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Heidelberg,
Pfarrerin Sigrid Zweggart-Pérez (Vorsitzende), Dekan Dr. Christof Ellsiepen,
Pfarrer Florian Barth, Rüdiger Dunst, Prof. Reinhard Walter*

¹ Ergänzung durch den Aufsichtsrat.

